



Minister Rainer Schmetzer vom Ministerium für Migration, Arbeit und Soziales NRW hat die Bewilligung über einen Zuschuss in Höhe von ca. 400 000 Euro übergeben: (v.l.) Nikolaus Bley, DGB NRW Bildungswerk e.V. - Projektleiter „Bündnis zur Bekämpfung von Schwarzarbeit“, Rainer Schmetzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Dr. Josef Hülsdunker, Vorsitzender DGB Region Emscher-Lippe, Thomas Harten, Geschäftsführer Wirtschaftsförderung, HWK Münster und Felix Nienhaus, Bezirksregierung Münster.

Neues Bündnis zur Bekämpfung von Schwarzarbeit

Der Startschuss für ein neues Projekt ist gefallen: Im Rahmen der Landesinitiative Faire Arbeit, Fairer Wettbewerb (NRW – Land der fairen Arbeit) wollen die Handwerkskammer Münster, die DGB Region Emscher-Lippe und die e.b.a. gGmbH sich verstärkt der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Bekämpfung illegaler Beschäftigungspraktiken widmen. Das Projekt knüpft an die positiven Erfahrungen an, die an einigen Standorten in NRW auf diesem Gebiet bereits gemacht worden sind.

StoSilent
Bei Akustik
tonangebend.

StoSilent bietet Ihnen eine einzigartige Bandbreite an ästhetischen Akustiklösungen: vier Systeme für Wand und Decke, die in jedem Raum die passende Klangwelt schaffen – und dabei Ihren Designansprüchen gerecht werden.

Hören Sie auf Ihre Augen: www.stosilent.com

Sto Bewusst bauen

sto

Die Grundidee des Projektes fußt auf Best-Practice-Beispielen, die auf die ganze Region ausgeweitet werden sollen, um Schwarzarbeit einzudämmen. Ein Beispiel bietet etwa die Stadt Herten, die seit sieben Jahren mit Kontrollen und Ordnungsverfügungen konsequent gegen Schwarzarbeit vorgeht. Einen anderen Ansatz verfolgt die Stadt Gelsenkirchen. Hinweisen der Handwerkskammer oder anderer Institutionen wird mit gezielten Maßnahmen von der Einbestellung von Unternehmen bis hin zur Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens bei der Ahndung nachgegangen. Die Bekanntheit dieses Umgangs mit Schwarzarbeit entwickelt hier bereits eine erkennbare Abschreckungswirkung.

Um eine Optimierung der Arbeit in den Kommunen zu erreichen, wird eine engere Vernetzung mit den Ordnungsämtern und eine engere Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden wie Polizei und Zoll angestrebt. Schwarzarbeit ist ein dringendes Problem für Unternehmen und Arbeitnehmer – vor allem im Handwerk. Nach Vorbildern auf Bundesebene sollen darum regionale Bündnisse zur gemeinsamen Bekämpfung der Schwarzarbeit eingerichtet werden – so zum Beispiel in der Bauindustrie oder auch im Friseurhandwerk. Die Kreishandwerkerschaft Recklinghausen hat ihre Mitwirkung hierbei bereits mit einem Letter of Intent zum Ausdruck gebracht.

i Projektleiter Nikolaus Bley, e.b.a. gGmbH,
Dorstener Str. 27 a
Tel. 02361 9063811
Mail: nbley@ebagmbh.de

DGB

"einblicke

Info-Zeitung

September 2016



NEUES BÜNDNIS GEGEN SCHWARZ- ARBEIT

Eine „Kultur des Hinschauens“ wollen der DGB Emscher-Lippe, das DGB-Bildungswerk NRW und die Handwerkskammer Münster mit dem gemeinsamen „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ schaffen. Das zweijährige Pilotprojekt unterstützt die Städte im Kreis Recklinghausen dabei, ihre Verwaltungen im Kampf gegen Schwarzarbeit besser zu vernetzen. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeit für das Thema „Schwarzarbeit“ sensibilisiert werden. www.dgb.de/lyla

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt

INITIATIVE: Die Kammer Münster startet ein Modellprojekt

VON LARS OTTEN

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein dringendes Problem und vor allem eine Straftat. Mit dieser Botschaft wollen die Handwerkskammer Münster, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Emscher-Lippe und die Entwicklungsgesellschaft für Erziehung, Bildung und Arbeit (e.b.a.) eine Kultur des Hinschauens im Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung etablieren. Dazu haben sie Anfang Juli für die Emscher-Lippe-Region ein Modellprojekt gestartet, das über zweieinhalb Jahre laufen soll. Das Projekt ist Teil der übergeordneten landesweiten Kampagne „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ der Landesregierung. NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer (SPD) überreichte den Projektpartnern kurz vor dem Start einen Bewilligungsbescheid über einen Zuschuss von 400.000 Euro.

Das Projekt ist eine Informations-offensive, die neben dem Kampf gegen die Missstände auch die Vorteile eines fairen Umgangs in der Geschäftswelt in den Mittelpunkt rückt. Knut-Rüdiger Heine nennt das Marketing für Schwarzarbeitsbekämpfung. „Wir wollen so die allgemeine Öffentlichkeit und vor allem auch die politischen Entscheidungsträger aufklären“, so der stellvertretende

Hauptgeschäftsführer der HWK Münster. Dabei gehe es um die Optimierung der Arbeit in den Kommunen. „Wir wollen den Kommunen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit helfen und auch den Erfahrungsaustausch unter ihnen fördern“, betont Nikolaus Bley von der e.b.a.

Die einzelnen Kommunen gingen den Kampf gegen Schwarzarbeit mitunter sehr unterschiedlich an – oft seien dafür nur wenige Ressourcen frei. Dass mit dem Projekt eine einheitliche Vorgehensweise dafür bei den Kommunen der Region entsteht, sei sehr unwahrscheinlich, vielleicht auch nicht nötig, so Bley. Aber eine gewisse Bündelung der Anstrengungen im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit gebe es bereits.

Aus Sicht der Projektpartner ein vielversprechender Ansatz. „Das wollen wir unterstützen.“ Bley erhofft sich dadurch eine Effizienzsteigerung im Kampf gegen Schwarzarbeit. „Wir starten jetzt mit persönlichen Gesprächen mit Bürgermeistern, Dezernenten und den Mitarbeitern bei den Ordnungsämtern, um sie für dieses Thema zu sensibilisieren.“

Zusätzlich zu dieser Sensibilisierung steht die Aufklärung der kommunalen Vergabestellen im Vordergrund. Hier gebe es ebenso unterschiedliche Ansätze. „Auch hier wollen wir den Austausch der verschie-

denen Vergabestellen untereinander fördern“, sagt Heine. „Die örtlichen Zuständigkeiten der dort arbeitenden Menschen sind beschränkt. Betriebe können aber über solche Grenzen hinaus tätig sein. Das heißt: Je besser der Austausch zwischen den Kommunen funktioniert, desto einfacher wird der Kampf gegen Schwarzarbeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.“ Zu der Aufklärung soll auch gehören, die Mitarbeiter der Vergabestellen so zu schulen, dass sie erkennen können, wann ein Angebot nur mit Schwarzarbeit oder illegaler Beschäftigung möglich ist.

Das Projekt soll an die positiven Erfahrungen anknüpfen, die bereits Gelsenkirchen (Abschreckung durch das Ausschöpfen des rechtlichen Rahmens bei der Ahndung von Verstößen), Herten (regelmäßige Kontrollen, Prävention und Aufklärung) und verschiedene andere Gebietskörperschaften in NRW machen konnten. Heine: „Hier gilt es, die gute Praxis auf die ganze Region auszudehnen, um Schwarzarbeit einzudämmen und dadurch Erfahrung für einen landesweiten Transfer zu sammeln.“ Ziel ist es, nach dem Ende der Förderperiode stabile Netzwerkstrukturen zu schaffen, um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung nachhaltig zu reduzieren. otten@handwerksblatt.de

Handwerksblatt 05.2016

LANDESWEITES PROJEKT GEGEN SCHWARZARBEIT

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt – daher fördert das Ministerium für Migration, Arbeit und Soziales NRW mit 400.000 Euro das Projekt zur Bekämpfung von Schwarzarbeit in der Emscher-Lippe-Region. Das „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ ist Bestandteil der Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ und soll unter anderem die Arbeit in den Kommunen optimieren sowie die Öffentlichkeit sensibilisieren. Beteiligt am Bündnis sind die e.b.a. gGmbH, die Handwerkskammer Münster, der DGB Emscher-Lippe, die IG BAU sowie die Städte HERTEN, BOTTRUP, GELSENKIRCHEN und der KREIS RECKLINGHAUSEN.

© www.ebagmbh.de, Tel. 02361 48677-27



Umbau 2A Juli/2016 (Ausgabe 1)

epd Landesdienste vom 23.06.2016

Arbeitsministerium fördert Projekt gegen illegale Beschäftigung

Düsseldorf/Herten (epd). Das NRW-Arbeitsministerium fördert ein Modell-Projekt gegen Schwarzarbeit in der Emscher-Lippe-Region mit 393.000 Euro. Das am 1. Juli startende "Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit" will gemeinsam gegen illegale Beschäftigung vorgehen, wie Arbeitsminister Rainer Schmelzer (SPD) am Donnerstag in Herten mitteilte. Das Projekt ist Bestandteil der im Jahr 2013 gestarteten

Landesinitiative "Faire Arbeit - Fairer Wettbewerb". Schmelzer betonte, illegale Beschäftigung gefährde rechtschaffene Betriebe und die dazugehörigen Arbeitsplätze. Daran müssten auch diejenigen denken, die Dienstleistungen illegal in Anspruch nehmen, betonte der Minister. Das Modell-Projekt gegen Schwarzarbeit fördert den Angaben zufolge den Austausch zwischen den beteiligten

Kommunen und unterstützt dadurch die Zusammenarbeit. Zu dem Bündnis gehören die Handwerkskammer Münster, der DGB in der Region Emscher-Lippe, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Städte Herten, Bottrop, Gelsenkirchen sowie der Kreis Recklinghausen. epd-West sw max

Gemeinsam gegen Schwarzarbeit

Städte, Handwerk und DGB schmieden Bündnis / Aber reicht das Personal in den Rathäusern?

VON MATHIAS WALKÖTTER

KREIS RE. Im nördlichen Ruhrgebiet hat ein „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ seine Arbeit aufgenommen. Den Starke kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Der Haken ist nur, dass die Ordnungsmänner personell gar nicht entsprechend ausgestattet sind.

NRW-Arbeitsminister Rainer Schmelzer (SPD) überreichte gestern in Herten einen Förderbescheid in Höhe von über halben Million Euro. Das Geld ist eine Anschubfinanzierung zum Aufbau von Strukturen für das Pilotprojekt, an dem die Handwerkskammer Münster, der DGB sowie Gewerkschaftsbund (DGB), Emscher-Lippe, die Städte des Kreises RE, Recklinghausen und Bottrop beteiligt sind.

Stärker ist die Verursacher Schadenschäden und ist ein Leck in die Sozialsysteme“, sagt Minister Schmelzer. Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft, um der insbesondere das personalintensive Handwerk leidet, sei eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftspolitik, betont



Die Schattenwirtschaft verursacht volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe

PHOTO: DPA

den Landesregierungsgeschäftsführer Dr. Josef Hülsbuscher.

Doch wie viel die lokalen Unternehmen die sich nicht an die Regeln halten, zu viele

„Betriebe in die Legalität führen“

risiken? Herten, das laut Minister Schmelzer zu den Vorreitern der Schwarzarbeitsbekämpfung gehört, hat es vor-

zogen, insbesondere durch die Kooperation aller beteiligten Behörden - von den Kommunen über den Zoll bis zur Polizei. Das ist ein wesentliches Ziel des neuen Bündnisses zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Doch aus den Rathäusern kommen auch kritische Töne. Aus der Sicht von Walsrop-Bürgermeisterin Nicole Mieschke (CDU) wird das Personal zum Schlüsselthema. Die Stadtverwaltung, so ihre Beisitzerin, hat die notwendigen Kapazitäten im Moment nicht. Gastrop-Bürgermeister Michael Lehmann wird noch deutlicher: Er macht die „unzureichende Finanzausstattung“ der Kommunen dafür verantwortlich, dass viele Aufgaben im Bereich des Ordnungsrechts ausgeblendet werden mussten. „Vor acht Jahren hatten wir noch zehn Außenstellenmitarbeiter, die eine alle der Hausbaukonzessionierung zum Obergefallen.“ Die Vorgesetzte Herten hat durch Einsparungen innerhalb der Verwaltung zwei Mitarbeiter mit einem Volumen von 1,25 Stellen zur Verfügung, die sich ausschließlich um die Bekämpfung der Schwarzarbeit kümmern. Sie sind hoch moti-

viert, bestmöglich ausgebildet und werden von Kräften des kommunalen Ordnungsdienstes unterstützt“, erklärt Lehnmann. Die Stadt Herten deckt jährlich durch diese Schwerpunktmaßnahmen illegal erzielte Umsätze von einer Viertel bis einer halben Million Euro auf.

Bürger soll hinschauen

- ◆ Das „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ wirbt auch beim Bürger für eine „Kultur des Hinschauens“
- ◆ Wer zum Beispiel am Wochenende verdächtige Aktivitäten an Häusern in der Nachbarschaft beobachtet, sollte zum Hörer greifen und die Polizei verständigen, meint NRW-Arbeitsminister Rainer Schmelzer.
- ◆ Zeichen für Schwarzarbeit können ein eingeregistertes Haus ohne Unternehmensw. Bild oder ein Lkw ohne Firmenabschrift sein.

Recklinghauser Zeitung vom 24.06.2016

WAZ vom 24.06.2016

Gemeinsam gegen Schwarzarbeit

Städte, Handwerk und DGB schmieden ein Bündnis. Aber aus den Rathäusern kommt auch Kritik. Das Personal reicht in vielen Städten nicht aus

Von Autor: Michael Wallkötter

Vest.

Im nördlichen Ruhrgebiet hat ein „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ seine Arbeit aufgenommen. Den Städten kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Der Haken ist nur, dass die Ordnungsämter personell gar nicht entsprechend ausgestattet sind.

NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer (SPD) überreichte gestern in Herten einen Förderbescheid in Höhe von einer halben Million Euro. Das Geld ist eine Anschubfinanzierung zum Aufbau von Strukturen für das Pilotprojekt, an dem die Handwerkskammer Münster, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die zehn Städte des Kreises, Gelsenkirchen und Bottrop sowie der Kreis Recklinghausen beteiligt sind.

Herten als Vorreiter
Schwarzarbeit verursacht Milliarden-schäden und ist „ein Angriff auf die Sozialsysteme“, sagt Minister Schmelt-

zer. Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft, unter der insbesondere das Handwerk leidet, sei eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung, betont DGB-Regionsgeschäftsführer Dr. Josef Hülsdünker. Doch wie will die Region Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, zu Leibe rücken? Herten, das laut Minister Schmeltzer zu den Vorreitern der Schwarzarbeitsbekämpfung gehört, hat es vorgemacht.

Das fängt mit hohen Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an und endet mit gezielten Baustellenüberprüfungen. „Unser Ziel ist es, illegal arbeitende Betriebe in die Legalität zu führen“, sagt die zuständige Fachbereichsleiterin Annegret Sickers. Das ist der Stadt in den letzten Jahren in rund 30 Fällen gelungen. Doch aus den Rathäusern kommen auch skeptische Töne. Aus der Sicht von Waltrups Bürgermeisterin Nicole Moenikes (CDU) wird das Personal zum Schlüsselthema. Die Stadtverwaltung, so ihre Botschaft, hat die notwendigen Kapazitäten im Moment nicht. Castrop-Rauxels Beige-

ordneter Michael Eckhardt: „Vor acht Jahren hatten wir noch zehn Außendienstmitarbeiter. Die sind alle der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen.“ Die Vorzeigestadt Herten hat durch Umschichtungen innerhalb der Verwaltung zwei Mitarbeiter mit einem Volumen von 1,25 Stellen zur Verfügung, die sich ausschließlich um die Bekämpfung der Schwarzarbeit kümmern. „Sie sind hoch motiviert, bestens ausgebildet und werden von Kräften des kommunalen Ordnungsdienstes unterstützt“, erklärt Fachbereichsleiterin Annegret Sickers. Die Stadt Herten deckt jährlich durch diese Schwerpunktarbeit illegal erzielte Umsätze von einer viertel bis einer halben Million Euro auf.

Bild 1:

Die Schattenwirtschaft verursacht volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe.

Foto: Patrick Pleul/dpa

Städte im Vest: Gemeinsam gegen Schwarzarbeit

KREIS RE Im nördlichen Ruhrgebiet hat ein „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ seine Arbeit aufgenommen. Den Städten kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Der Haken ist nur, dass die Ordnungsämter personell gar nicht entsprechend ausgestattet sind.

NRW-Arbeitsminister Rainer Schmelzter (SPD) überreichte gestern in Herten einen Förderbescheid in Höhe von einer halben Million Euro. Das Geld ist eine Anschubfinanzierung zum Aufbau von Strukturen für das Pilotprojekt, an dem die Handwerkskammer Münster, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Emscher-Lippe, die zehn Städte des Kreises RE, Gelsenkirchen und Bottrop sowie der Kreis Recklinghausen beteiligt sind.

Schwarzarbeit verursacht Milliarden-schäden und ist „ein Angriff auf die Sozialsysteme“, sagt Minister Schmelzter. Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft, unter der insbesondere das personalintensive Handwerk leidet, sei eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung, betont DGB-Regionaleschäftsführer Dr. Josef Hülsdünker.

Doch wie will die Region Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, zu Leibe rücken? Herten, das laut Minister Schmelzter zu den Vorreitern der Schwarzarbeitsbekämpfung gehört, hat es vorgemacht. Das fängt mit hohen Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an und endet mit gezielten Baustellenüberprüfungen. Dazwischen liegt viel Beratungsarbeit. „Unser Ziel

ist es, illegal arbeitende Betriebe in die Legalität zu führen“, sagt die zuständige Fachbereichsleiterin Annegret Sickers.

Das ist der Stadt in den letzten Jahren in rund 30 Fällen gelungen. Jetzt soll der Druck erhöht werden, insbesondere durch die Kooperation aller beteiligten Behörden – von den Kommunen über den Zoll bis zur Polizei. Das ist ein wesentliches Ziel des neuen Bündnisses zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Kein Personal für Kampf gegen Schwarzarbeit

Doch aus den Rathäusern kommen auch skeptische Töne. Aus der Sicht von Waltrops Bürgermeisterin Nicole Moenikes (CDU) wird das Personal zum Schlüsselthema. Die Stadtverwaltung, so ihre Botschaft, hat die notwendigen Kapazitäten im Moment nicht. Castrop-Rauxels Beigeordneter Michael Eckhardt wird noch deutlicher. Er macht die „mangelhafte Finanzausstattung“ der Kommunen dafür verantwortlich, dass viele Aufgaben im Bereich des Ordnungsrechts ausgedünnt werden mussten. „Vor acht Jahren hatten wir noch zehn Außendienstmitarbeiter. Die sind alle der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen.“

Die Vorzeigestadt Herten hat durch Umschichtungen innerhalb der Verwaltung zwei Mitarbeiter mit einem Volumen von 1,25 Stellen zur Verfügung, die sich ausschließlich um die Bekämpfung der Schwarzarbeit kümmern. „Sie sind hoch motiviert, bestens ausgebildet und werden von Kräften des kommunalen Ordnungsdienstes unterstützt“, erklärt Fachbereichsleiterin Annegret Sickers. Die Stadt Herten deckt jährlich durch diese Schwerpunktarbeit illegal erzielte Umsätze von einer viertel bis einer halben Million Euro auf.

Was Bürger tun können:

Das „Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ wirbt auch beim Bürger für eine „Kultur des Hinschauens“.

Wer zum Beispiel am Wochenende verdächtige Aktivitäten an Häusern in der Nachbarschaft beobachtet, sollte zum Hörer greifen und die Polizei verständigen, meint NRW-Arbeitsminister Rainer Schmelzter.

Zeichen für Schwarzarbeit können ein eingerüstetes Haus ohne Unternehmensschild oder ein Lkw ohne Firmenaufschrift sein.

Recklinghäuser Zeitung vom 24.06.2016

Region kämpft gegen Schwarzarbeit

KREIS RE. (mw) In der Emscher-Lippe-Region soll die Schwarzarbeit wirkungsvoller bekämpft werden.

Die Kommunen, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Handwerkskammer Münster haben sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen. In einem vom

Land geförderten Pilotprojekt sollen Strategien zur Eindämmung der Schwarzarbeit entwickelt werden. Dabei geht es um Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, aber auch um wirkungsvolle Überprüfungen von Baustellen. Vor allem soll die Zusammenarbeit

der Behörden verbessert werden. In den Rathäusern fragt man sich allerdings, wie diese Aufgabe personell gestemmt werden soll.

Gemeinsam gegen Schwarzarbeit: Seite 15

Recklinghäuser Zeitung vom 24.06.2016

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt

INITIATIVE: Die Kammer Münster startet ein Modellprojekt

VON LARS OTTEN

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein dringendes Problem und vor allem eine Straftat. Mit dieser Botschaft wollen die Handwerkskammer Münster, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Emscher-Lippe und die Entwicklungsgesellschaft für Erziehung, Bildung und Arbeit (e.b.a.) eine Kultur des Hinschauens im Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung etablieren. Dazu haben sie Anfang Juli für die Emscher-Lippe-Region ein Modellprojekt gestartet, das über zweieinhalb Jahre laufen soll. Das Projekt ist Teil der übergeordneten landesweiten Kampagne „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ der Landesregierung. NRW-Arbeitsminister Rainer Kretzmer (SPD) überreichte den Projektpartnern kurz vor dem Start einen Bewilligungsbescheid über einen Zuschuss von 400.000 Euro.

Das Projekt ist eine Informationsoffensive, die neben dem Kampf gegen die Missstände auch die Vorteile eines fairen Umgangs in der Geschäftswelt in den Mittelpunkt rückt. Knut-Rüdiger Heine nennt das Marketing für Schwarzarbeitsbekämpfung. „Wir wollen so die allgemeine Öffentlichkeit und vor allem auch die politischen Entscheidungsträger aufklären“, so der stellvertretende

Hauptgeschäftsführer der HWK Münster. Dabei gehe es um die Optimierung der Arbeit in den Kommunen. „Wir wollen den Kommunen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit helfen und auch den Erfahrungsaustausch unter ihnen fördern“, betont Nikolaus Bley von der e.b.a.

Die einzelnen Kommunen gingen den Kampf gegen Schwarzarbeit miteinander sehr unterschiedlich an – oft seien dafür nur wenige Ressourcen frei. Dass mit dem Projekt eine einheitliche Vorgehensweise dafür bei den Kommunen der Region entsteht, sei sehr unwahrscheinlich, vielleicht auch nicht nötig, so Bley. Aber eine gewisse Bündelung der Anstrengungen im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit gebe es bereits.

Aus Sicht der Projektpartner ein vielversprechender Ansatz. „Das wollen wir unterstützen.“ Bley erhofft sich dadurch eine Effizienzsteigerung im Kampf gegen Schwarzarbeit. „Wir starten jetzt mit persönlichen Gesprächen mit Bürgermeistern, Dezernenten und den Mitarbeitern bei den Ordnungsämtern, um sie für dieses Thema zu sensibilisieren.“

Zusätzlich zu dieser Sensibilisierung steht die Aufklärung der kommunalen Vergabestellen im Vordergrund. Hier gebe es ebenso unterschiedliche Ansätze. „Auch hier wollen wir den Austausch der verschie-

denen Vergabestellen untereinander fördern“, sagt Heine. „Die örtlichen Zuständigkeiten der dort arbeitenden Menschen sind beschränkt. Betriebe können aber über solche Grenzen hinaus tätig sein. Das heißt: Je besser der Austausch zwischen den Kommunen funktioniert, desto einfacher wird der Kampf gegen Schwarzarbeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.“ Zu der Aufklärung soll auch gehören, die Mitarbeiter der Vergabestellen so zu schulen, dass sie erkennen können, wann ein Angebot nur mit Schwarzarbeit oder illegaler Beschäftigung möglich ist.

Das Projekt soll an die positiven Erfahrungen anknüpfen, die bereits Gelsenkirchen (Abschreckung durch das Ausschöpfen des rechtlichen Rahmens bei der Ahndung von Verstößen), Herten (regelmäßige Kontrollen, Prävention und Aufklärung) und verschiedene andere Gebietskörperschaften in NRW machen konnten. Heine: „Hier gilt es, die gute Praxis auf die ganze Region auszudehnen, um Schwarzarbeit einzudämmen und dadurch Erfahrung für einen landesweiten Transfer zu sammeln.“ Ziel ist es, nach dem Ende der Förderperiode stabile Netzwerkstrukturen zu schaffen, um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung nachhaltig zu reduzieren.

otten@handwerksblatt.de

11.08.16

Nikolaus Handwerkblatt